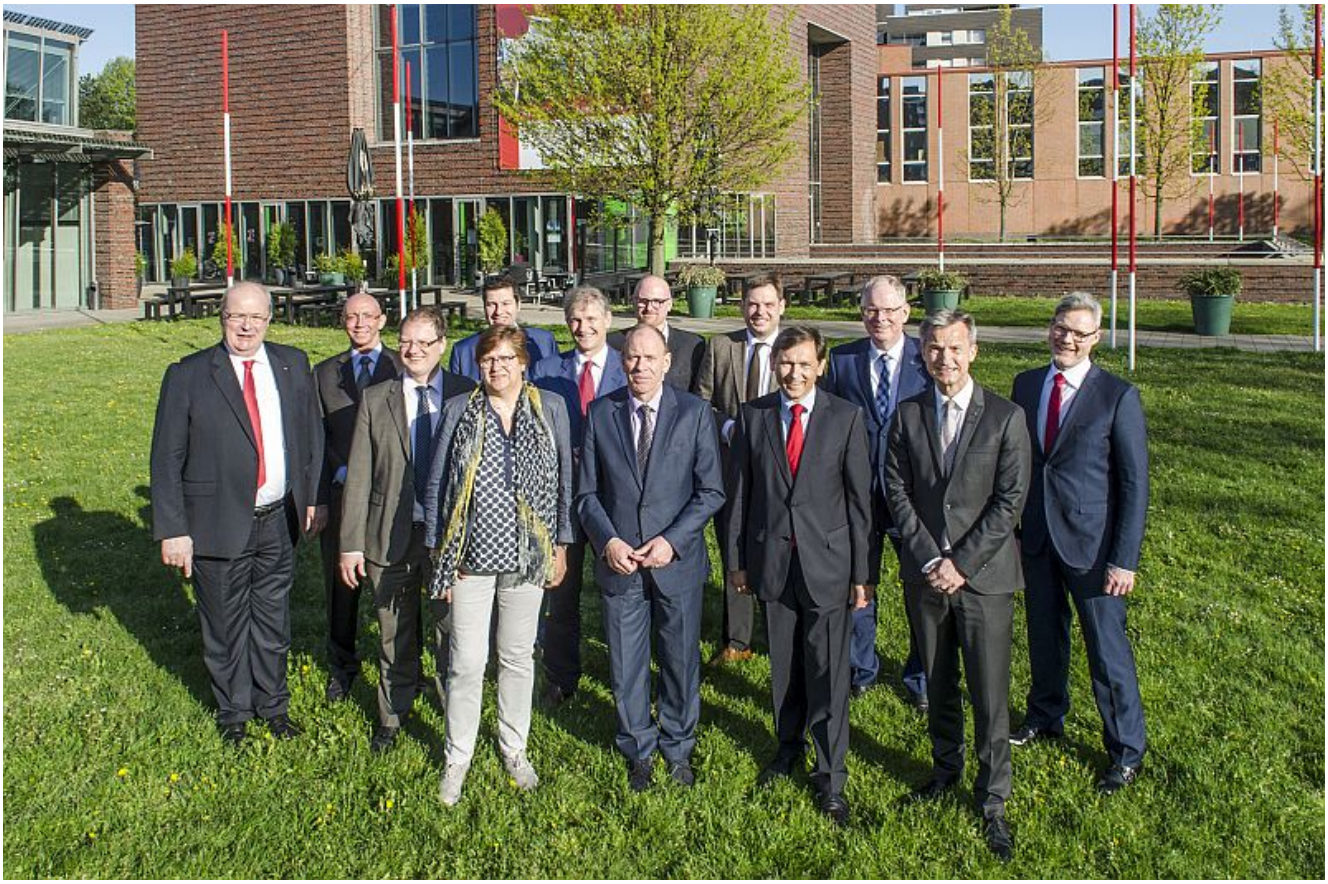
Landrat regt Modellregion Ruhrgebiet an: Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen

Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Doch für die, die Arbeitslosigkeit in zweiter oder dritter Generation erleben, ändert sich meist wenig. Landrat Makiolla und andere Verwaltungschefs im Ruhrgebiet wollen das ändern.



Landrat Michael Makiolla (6.v.l.) und andere Verwaltungschefs im Ruhrgebiet wollen ein Förderprogramm zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit. Foto: Thomas Schmidt

„Wir machen uns für ein Förderprogramm stark, dass die in manchen Familien über Generationen hinweg verfestigte Arbeitslosigkeit knackt“, erläutert Landrat Michael Makiolla. Verabredet wurde die parteiübergreifende Initiative bei einem

Treffen am Mittwoch in Herne zwischen den Hauptverwaltungsbeamten im Ruhrgebiet und Karola Geiß-Netthöfel, der Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr (RVR).

Bis Juni soll von Verwaltungsfachleuten der Ruhrgebietskreise und -städte ein Eckpunktepapier als Grundlage für die Diskussion mit dem Bund über die Schaffung der „Modellregion Ruhrgebiet gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ und ein passgenaues Förderprogramm erarbeitet werden.

Die Botschaft ist klar. Die letztlich gescheiterten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) alter Prägung mit Jobverteilung nach dem Gießkannenprinzip sollen auf keinen Fall neu belebt werden. Vielmehr soll ein Programm auf eine bestimmte Zielgruppe zugeschnitten werden: „Wir wollen den Chancenlosen eine Chance geben“, so Landrat Makiolla.

Im Blick haben die Verwaltungschefs dabei diejenigen, die seit Jahrzehnten keine Berührung und damit keinerlei Erfahrung mit der Arbeitswelt und den für eine erfolgreiche Berufstätigkeit geltenden Regeln wie etwa Aufstehen, Pünktlichkeit oder Verlässlichkeit bei der Aufgabenerledigung haben. Wichtig ist dem Landrat auch, das durch den angedachten „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt entsteht“.

Kostenneutral wird so ein Förderprogramm nicht werden. „Es ist aber immer besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit“, betont Landrat Makiolla. Der Kreis bezahlt Arbeitslosigkeit vor allem über die Kosten der Unterkunft für Bezieher von Arbeitslosengeld II mit.

„Wenn der Bund über ein Förderprogramm in sozialversicherungspflichtige Arbeit investiert, bekommen nicht nur oft am Rande der Gesellschaft stehende Menschen ihre möglicherweise erste Chance zu arbeiten. Auch eine immer wieder aufkommende Neiddiskussion wird eingedämmt“, ist der

Chef der Kreisverwaltung Unna überzeugt.